

Gemeinsam stark

Im krisengeschüttelte Burkina Faso sind die Kolleg_innen existenziell bedroht. Ihr kollektiver gewerkschaftlich organisierter Widerstand verdient unsere Unterstützung

Seit dem Volksaufstand vor sechs Jahren mit Übergangsregierung und Wahl einer neuen Regierung hat die Bevölkerung dieses armen westafrikanischen Landes nach wie vor viele Krisen zu ertragen.

Durch djihadistische Terroranschläge auf Schulen und Dörfer im Sahel an den Grenzen zu Mali, Niger und Benin wurden etwa 2000 Schulen geschlossen und elf Lehrkräfte getötet. Mit bewaffneten Überfällen und Brandanschlägen auf Dörfer und Märkte in anderen Landesteilen suchen dubiose Kräfte Zwietracht zu stiften zwischen verschiedenen Ethnien, die früher friedlich und in gegenseitigem Respekt miteinander lebten. Mit wenig Lohn, einer Waffe

und einem motorisierten Zweirad können sie leicht arbeitslose junge Männer für die Anschläge rekrutieren. Etwa zwei Millionen auf diese Weise vertriebene Binnenflüchtlinge sind auf die Solidarität und Versorgung durch die sie aufnehmenden Kommunen angewiesen.

Hinzu kommt die sanitäre Krise, durch das Corona-Virus noch verschlimmert. Auch wenn die Zahl der Infizierten und an Covid19 Verstorbenen relativ gering scheint – echte Nachverfolgung ist nicht gewährleistet.

Krisen nicht im Griff

Die im November wiedergewählte Regierung hat die Krisen an keiner der drei Fronten im Griff. Die Verteidigungs- und

Sicherheitskräfte verzeichnen kaum Erfolge im Kampf gegen Anschläge. Drei Wochen Wahlkampf vor den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen ließen alle Schutzvorkehrungen gegen Corona in Vergessenheit geraten, so dass die Bevölkerung glaubte, die Pandemie sei vorbei. Erst Anfang 2021, als die Sterberate und die Erkrankungen wieder anstiegen, kamen die AHA-Regeln wieder ins Gespräch.

Die Corona-Pandemie diente letztes Jahr der Regierung als Vorwand für Repressionen gegen Gewerkschaften, Streik- und Demonstrationsverbote sowie Gehaltskürzungen bei im öffentlichen Dienst beschäftigten Aktivist_innen. Diese Auseinandersetzung wird nun vor Gericht



Frauenkongress der Bildungsgewerkschaft SYNTER vor zwei Jahren



Streik-Kundgebung im März 2020 vor dem Gewerkschaftshaus. Am Mikrophon der Vorsitzende des Gewerkschaftsbunds CGT-B

ausgefochten und ist noch nicht beendet.

Um den nationalen Zusammenhalt wiederherzustellen, ernannte die MPP-Regierung den bisherigen Chef der Opposition zum dafür zuständigen Minister, der nun von Region zu Region reist und Gespräche mit traditionellen Chefs und Religionsvertretern führt.

Gewerkschaften verstärken ihren Kampf

Beim Neujahrstreffen des Gewerkschaftsbunds von Burkina Faso am 27. Februar kritisierte dessen Vorsitzender die Regierung: „Wir lassen unsere gewerkschaftlichen Strukturen und Freiheiten nicht in Frage stellen. (...) Wir brauchen jetzt keine unwirksamen Versuche. Eine Politik der Verständigung muss im Sinne von demokratischen Strukturen, Rechtsstaatlichkeit und Gesetzestreue sowie entsprechend der soziopolitischen Situation des Landes erfolgen.“ In dieser Situation sei auf Seiten der Gewerkschaften eine große Einheit und Geschlossenheit im

Kampf wichtig, bekräftigte er.

Für F-SYNTER, die größte Bildungsgewerkschaft in Burkina, sind die Herausforderungen groß. Von den Repressionen und Gehaltseinbußen des letzten Jahres und von den unzureichenden Maßnahmen der Behörden gegen Covid19 sind Lehrkräfte besonders betroffen. „Das erfordert, dass wir vom Vorstand in engem Kontakt mit unseren Mitgliedern vor Ort arbeiten, auch wenn wir dann sehr viel unterwegs sein müssen“, erklärt der Generalsekretär S. Badiel.

Der jährlich stattfindende Kongress der SYNTER-Gewerkschaftsfrauen gehört zu dieser Arbeit. Anfang dieses Jahres beschäftigten sich die über hundert Frauen mit der aktuellen Sicherheitslage und dem Kampf gegen Covid19. In einer Arbeitsgruppe stellten sie selbst Desinfektionsmittel her, denn die sind in den wieder geöffneten Schulen ebenso Mangelware wie Masken und Seife. Mit einer Resolution forderten sie von der Regierung geeignete Maßnahmen, um Geflüchteten

die Rückkehr in ihre Dörfer, die Sicherheit der Bevölkerung und den Schutz der Lehrkräfte vor Terrorangriffen auf Schulen zu gewährleisten.

Solidarität der GEW

Im Grußwort zum Kongress schrieb Marlis Tepe: „...Es gilt, die Beteiligung von Frauen in Gewerkschaften weiter zu stärken. Dazu leistet ihr mit eurem Engagement und dem Frauenkongress einen sehr wichtigen Beitrag.“

Finanzschwache Gewerkschaften sind in diesen schwierigen Zeiten auf unsere Solidarität angewiesen. Sie bedanken sich deshalb immer wieder für unsere Unterstützung, für die GEW-Beiträge zum Solidaritätsfonds der Bildungsinternationale, für die des Heinrich-Rodenstein-Fonds oder die Finanzbeiträge einzelner GEW-Strukturen: Der Landesverband Bremen und der Kreisverband Flensburg gehen bei der Unterstützung u.a. der F-SYNTER mit gutem Beispiel voran.

BRUNI RÖMER